

Nationalratsdebatte, 01.03.2010.
Landwirtschaftsgesetz. Bilanzreserve zur
Finanzierung von Begleitmassnahmen.
Sprecher: Hansjörg Hassler



Wir sprechen heute zum zweiten Mal über die Bildung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen allfälligen Freihandelsabkommen mit der EU oder einem WTO-Abschluss. Wir von der BDP sind klar der Meinung, dass Begleitmassnahmen nötig sind und dass es sinnvoll ist, diese Bilanzreserve jetzt zu bilden. Das heisst aber ganz klar, dass ein Freihandel mit der EU sind. Die Verhandlungen mit der EU laufen jetzt, das Resultat ist noch überhaupt nicht bekannt. Wir wissen nicht, wie politisch darüber entschieden wird, weder im Parlament noch in einer Volksabstimmung. Auf einen Abschluss haben wir von der Schweiz aus gar keinen grossen Einfluss mehr. Diesen können wir also nicht beeinflussen. Ein Freihandelsabkommen kommt wie gesagt ins Parlament und vor das Volk.

Eines möchte ich aber klar an die Adresse des Bundesrates sagen: Ein Freihandelsabkommen mit der EU ist auch aus der persönlichen Sicht für die Schweizer Landwirtschaft nicht verkraftbar. Es wurde berechnet, dass die Einkommenseinbußen durch ein Freihandelsabkommen massiv wären. Schauen wir auch etwas in benachbarte EU-Länder, in den EU-Raum, dort gibt es Agrarfreihandel. Wir konnten in letzter Zeit aus Medienberichten erfahren, dass die deutschen Bauern in grosse wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, gerade auch wegen des Freihandels, der ja in der EU Tatsache ist. Ich habe ganz kürzlich die Tagesschau des Schweizer Fernsehens mitverfolgt, wie die Situation in Frankreich ist. Dort wurde berichtet, dass in den letzten zehn Jahren zehntausend Landwirtschaftsbetriebe Konkurs gegangen sind. Als Hauptgrund wurde angeführt, dass der Agrarfreihandel ein Grund sei, als zweiter Grund wurde die Aufweichung der Milchquoten in Frankreich erwähnt.

Einen Schritt haben wir mit der Aufhebung der Milchkontingentierung bereits gemacht. Machen wir mit dem Abschluss eines Freihandelsabkommen nicht einen zweiten Fehler. Wir wollen doch die landwirtschaftlichen Strukturen in unserem Land erhalten; daran kann doch niemand ein Interesse haben. Darum werde ich persönlich dieses Abkommen mit der EU nicht unterstützen. Ich werde Schweizer Bäuerinnen und Bauern auf Biegen und Brechen bekämpfen.

Wir wissen heute aber noch nicht, wie darüber entschieden wird, was das Parlament dazu sagen und welchen Entschluss es in einer Volksabstimmung darüber ergeben wird. Darum ist das Anliegen einer Bilanzreserve im heutigen Zeitpunkt trotzdem ein Anliegen, richtig, quasi für alle Fälle, also auch für den Worst Case. Das ist auch genau die Haltung des Schweizerischen Bauernverbands. Der Schweizerische Bauernverband hat sich klar gegen das Freihandelsabkommen mit der EU ausgesprochen, ist aber für eine Bilanzreserve. Das ist meines Erachtens ein verantwortungsvolles Vorgehen aus Sicht der Landwirtschaft. Diese Bilanzreserve abzulehnen ist auch aus landwirtschaftlicher Sicht unverantwortlich. Wir Bäuerinnen und Bauern können noch lange Zeit mit dem Abkommen sein. Aber wir entscheiden nicht allein darüber, was hier dann eben Tatsache werden wird. Darum ist es aus unserer Verantwortungsvoll, diese Bilanzreserve anzulegen, für alle Fälle bzw. für den Fall, dass ein solches Abkommen abgeschlossen sollte. Dann haben wir das Mögliche für die Landwirtschaft getan. Jetzt, wo noch nichts entschieden ist, ist es gegen die Interessen der Bauernfamilien verantwortungslos, eine Bilanzreserve abzulehnen. Es mag populär sein, sich einfach gegen alles zu stellen, was irgendwie im Zusammenhang mit Freihandelsabkommen oder mit der WTO steht. Das ist aber reine Stimmungsmache und Populismus und bringt uns gar nichts, sowieso nicht den Bauernfamilien.

Ich bitte Sie daher zusammen mit der BDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und dieser Bilanzreserve zuzustimmen. Noch ein Wort zu den Rückweisungsanträgen: Die Strategie des Bundesrates im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen ist klar. Die Stichworte dazu sind die Qualitätsstrategie und auch die Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems. Die Rückweisungsanträge haben keinen Sinn. Die Strategie des Bundesrates ist bekannt, und wir können heute über diese Bilanzreserve entscheiden.

Noch einmal: Wir entscheiden uns nicht gegen oder für ein Freihandelsabkommen. Wir entscheiden nur darüber, ob wir eine Bilanzreserve anlegen sollen, für den Fall, dass einmal ein solches Abkommen abgeschlossen wird. Darum ist die Aneinanderreihung von Rückweisungsanträgen uns klar. Auch zugunsten der Landwirtschaft stimmen wir in verantwortungsvoller Art und Weise für diese Bilanzreserve. Das ist der einzige Beschluss, den wir heute fassen müssen. Über alles Weitere wird später entschieden.